



CDU-Freundeskreis Washington, DC – Lagebericht USA, Mai 2011

„Amerika, Du hast es besser.“ Dieser berühmte Goethe-Satz wird aus europäischer Sicht in den nächsten Jahren weiter an Bedeutung verlieren. Die von Goethe in diesem Zusammenhang beklagten „verfallenen Schlösser“ befinden sich in Zukunft eher in den USA als in Asien oder Europa.

Der Riese steht auf tönernen Füßen. Dies hat erhebliche Auswirkungen für die US-Innen- und Außenpolitik. Diese Botschaft ist in Deutschland in vielen politischen Kreisen trotz einiger warnender deutscher Presseberichte gerade aus letzter Zeit noch nicht verinnerlicht.

Die strukturelle, zu großen Teilen hausgemachte Krise der USA wirkt sich auf verschiedenen Ebenen aus, die nachfolgend exemplarisch dargestellt werden.

Washington, DC – 26. Mai 2011

Dieser Lagebericht wurde von Mitgliedern des CDU-Freundeskreises Washington DC erstellt.
Die Autoren der einzelnen Beiträge sind:

- **Einleitung** Dr. Axel Spies
- **Immobilienblase und Mittelschicht** Dr. Thomas Rehermann
- **Arbeitslosigkeit** Elmar Sulk
- **Energie** Dr. Michael Küpper
- **Innovation** Florian Theus

Redaktion und V.i.S.d.P.: Elmar Sulk, Martin Kleiber, Dr. Thomas Rehermann

www.cdu-dc.org;

email: info@cdu-dc.org.

Kernbotschaften:

- **Bedrohung der Mittelschicht:** Die US-Immobilienblase (Housing Bubble) bedroht auf viele Jahre Altersversorgung, Mobilität der Gesellschaft und das Bildungssystem. Diese negativen Entwicklungen werden sich auf das politische System und die gesamte Gesellschaftsstruktur der USA auswirken und werden in Deutschland immer noch unterschätzt.
- **Arbeitslosigkeit:** In bisher unbekanntem Maße hat der US-Arbeitsmarkt auf viele Jahre hinaus mit struktureller Arbeitslosigkeit zu kämpfen, da selbst bei einem robusten Aufschwung die Arbeitslosigkeit höher bleiben wird als vor der Rezession. Zugleich ist das Innovationspotential der US-Volkswirtschaft und deren Dynamik begrenzter als man es in Deutschland üblicherweise wahrnimmt.
- **Energiepolitik:** Eine erhebliche Verzögerung bei der Umstellung auf regenerative Energien wie Wind und Sonne mit möglichen aus europäischer Sicht negativen Konsequenzen sowohl für die amerikanische Wirtschaft als auch für die internationale Klimapolitik ist weiter wahrscheinlich. Aus der Krisenlage heraus könnten die USA zur treibenden Kraft bei der Einführung elektrischer Autos werden. Kurz- und mittelfristig bleibt das Land weiterhin abhängig von Öl und Gas.
- **Innovation:** Die weltweite Stellung der USA als Innovationsführer erodiert zusehends. Es werden z.B. nicht genügend Ingenieure in den Hochschulen ausgebildet, und zuwenig in Forschung und Innovation von Wachstumstechnologien („grüne Technologien“) investiert. Auch das Wagniskapital wandert zusehends ab, weil andere Staaten durch großzügige und gezielte Anreize ein risikoarmes Umfeld für Investoren schaffen. Als Resultat ziehen diese den USA derweil bei der Verbesserung der nationalen Wettbewerbsfähigkeit und der Innovation davon. Inzwischen finden gerade auch indische und chinesische Wissenschaftler und Computerspezialisten in ihren Heimatländern ausreichende Arbeits- und Lebensperspektiven. Die Abkehr dieser und anderer Gruppen vom amerikanischen Markt wird sich weiter beschleunigen, wenn offenkundig wird, wie sehr die Strukturkrise in den USA den Wohlstand und die Arbeitswelt beeinträchtigt.

DIE BLASE AM IMMOBILIENMARKT UND DIE BEDROHUNG DER MITTELSCHICHT

Genauso wie in Deutschland wird auch in den USA eine "gesunde Mittelklasse" als besonderer Ausdruck einer stabilen Wohlstandsgesellschaft beschworen. Doch die Mittelschicht in den USA erodiert und muss wegen ökonomischer Zwänge in der Zukunft neu definiert werden. Vor allem die Betonung auf das "Häusle" schwächt die Mittelklasse und behindert Wachstum und eine nachhaltige wirtschaftliche Erholung. Die massive Allokation von Kapital in Immobilien und eine jahrzehntelang andauernde „Scheinwirtschaft“ auf Basis aufgeblasener Immobilienwerte bleiben noch für lange Zeit Wohlstandsbremsen.

Hausbesitz ist einer der Dreh- und Angelpunkte, an dem man beispielhaft erkennen kann, wie die Mittelschicht in selbstgestellte Fallen getappt ist. Zwischen 1998 und 2006 hatten sich in den USA die Hauspreise verdoppelt, in einigen Bundesstaaten sogar verdreifacht. Das Ausmaß der amerikanischen "Housing Bubble" und ihr Zerplatzen seit 2007 wird in Deutschland noch immer unterschätzt. Noch immer ist der Umfang der Auswüchse nicht in Gänze bekannt. Die Auswirkungen werden die USA mindestens die nächsten 10 bis 15 Jahre beschäftigen und zum Haupthindernis für Wirtschaftswachstum werden. Dies wiederum hat natürlich **Auswirkungen auf die kommenden amerikanischen Wahlkämpfe** auf Bundes- und Landesebene. Bereits zuvor waren die Amerikaner sehr unzufrieden mit der Arbeit des Kongresses, und er hat in den Krisenjahren seit 2008 noch einmal an Ansehen verloren.

Beide große Parteien tun sich schwer mit Konzepten und Strategien für die Zukunft. Die **Republikaner** haben bis auf eine eher restaurative Linie bei großen Zukunftsthemen wenig zu bieten, mit Ausnahme vielleicht der Betonung dringender Defizitreduzierung, wobei die zur Diskussion gestellten Konzepte das Problem nur punktuell erfassen. Beispielsweise sollen nach republikanischem Willen sowohl die Gesundheitsreform als auch die Finanzmarktreform („Wall Street Reform“) wieder rückgängig gemacht werden.

Die **Demokraten** befinden sich zunehmend in der Defensive, weil sie ihre Gesellschaftsideen in einem eher konservativen Land nicht durchsetzen können. Hier kommt auch die Leitfunktion des US-Präsidenten sehr schnell an die Grenzen, teilweise wie es von der Verfassung mit ihren System von Checks and balances auch vorgesehen ist. Wie fragil der Wohlstand ist, sieht man am offensichtlichsten am Beispiel der Immobilienblase. Hier gibt es in den USA entscheidende Unterschiede im Vergleich zu Deutschland. Herausragend ist dabei der Umstand, dass es in den USA kein Äquivalent zu § 18 KWG ("Offenlegung der wirtschaftlichen Verhältnisse") gibt – **Kreditbetrug** ist programmiert. Während in

Deutschland eine Bank von der BaFin geschlossen werden kann, wenn ein Kreditinstitut sich nicht die Vermögensverhältnisse eines Kreditnehmers (z.B. eines Hypothekenkunden) offenlegen lässt, ist dies in den USA nicht vorgeschrieben. Resultat: Viele Kunden fälschten ihre Einkommensangaben und konnten manchmal sogar zwei, drei oder vier Häuser erwerben. Als die erwarteten Wertsteigerungen ausblieben, konnten dann Zins und Tilgung nicht mehr bedient werden.

Ein Vergleich mit der Depression der 1930er Jahre hilft zu verstehen, was gerade passiert:

- In den 1930er Jahren hatten die USA ca. 130 Mio. Einwohner, heute sind es 310 Mio.
- Rund 5 Mio. Haushalte wohnten davon in einem Haus, das mit einer Hypothek belastet war - heute sind es 55 Mio. Und damit elfmal so viele wie damals!
- 1935 lag die Hausbesitzerquote bei 40, heute bei 66 Prozent.
- 1935 herrschte die 10-jährige Hypothek vor, heute die 30-jährige Laufzeit.
- 1935 lebten die meisten Hausbesitzer in abbezahlten Häusern, heute sind es nur 36 Prozent. Auch Bürger im Rentenalter wohnen oft noch in einem mit einer Hypothek belasteten Haus, so dass sie deutlich länger arbeiten müssen als geplant.
- Von diesen 55 Mio. Haushalten leben über ein Fünftel in Häusern, die „under water“ sind, d.h. die Hypothek ist größer als der gegenwärtige Verkehrswert. In Nevada beträgt der Anteil sage und schreibe 80 Prozent. Noch 2006 betrug der Verkehrswert der Eigenheime ca. 22 Billionen Dollar, heute (2011) sind es nur noch 16 Billionen. Das freie Vermögen (Verkehrswert minus Hypothek) sank jedoch erheblich stärker von etwa 12 Billionen auf 7 Billionen Dollar. Es muss berücksichtigt werden, dass von diesen 7 Billionen der Löwenanteil (ca. 5 Billionen Dollar) auf die abbezahlten Häuser entfällt.

Das hat erhebliche Konsequenzen:

- **Altersversorgung und Colle ge-Gebühren:** Das Haus als Geldautomat (s. Schaubild unten) für die Altersversorgung und – oft übersehen – für die im Vergleich mit Deutschland teure private Finanzierung der Schul- und College-Gebühren – hat ausgedient. Viele Universitäten erhöhen gegenwärtig ihren Anteil zahlungskräftiger Studenten aus Asien und Europa. Nicht nur die Gesundheitskosten, sondern auch die Studiengebühren sind seit 1999 um 7 Prozent p.a. gestiegen, weit schneller als die Inflation: Die Gebührenblase war eine Schwester der Hausblase.
- **Nichtmobilität:** Zu den Folgen der nun erzwungenen Nichtmobilität zählt daher eine suboptimale Allokation von ausgebildeten Arbeitskräften an die Orte, an denen sie am besten eingesetzt werden können: Wessen Haus „under water“ ist, kann es nicht verkaufen, und kann

nicht wegziehen. Der Widerspruch, dass die USA das Land mit der höchsten Mobilität (14 Umzüge im Leben) und zugleich das Land mit der höchsten Hausbesitzerrate sind, rächt sich jetzt.

- **Konsum statt Investition:** Für eine jahrzehntelange “Überinvestition in den Verbrauch“, nämlich Eigenheime zu finanzieren auf Kosten der Bildung von Produktivkapital, wird nun die Rechnung präsentiert. Ein Beispiel beleuchtet dies anschaulich: In der Siedlung “Potomac View“ in einem Vorort von Washington DC hat die Luxusbaufirma Toll Brothers 2004-2005 ca. 85 Häuser gebaut, jedes mit rund 800 qm Wohnfläche und zu Preisen von zwei bis 2,5 Millionen Dollar. Bei Zinsen von 5,5 Prozent liegt die Rate für eine 30-jährige Hypothek bei 12.500 Dollar pro Monat (plus 20.000 Dollar Grundsteuer/Jahr). So werden über den Zeitraum von 30 Jahren rund 400 Mio. Dollar für die ganze Siedlung an die Bank entrichtet – Geld, das nicht zur Bildung von Produktivkapital eingesetzt wird.
- **Scheinblüte:** Die Verbriefung von Hypotheken, die Einführung von “Interest-only“ Hypotheken (ohne Tilgung für die ersten 5 oder 10 Jahre), die berüchtigte “ negative Amortisierung“ (nicht nur keine Tilgung sondern auch unzureichende Zinszahlung) bewirkte zwischen 2003 und 2007 die Beschleunigung einer ohnehin schon existierenden, gigantischen Scheinblüte:
 - **Schritt 1:** die genannten absurden Finanzierungsformen von Hypotheken trieben die Hauspreise explosionsweise in die Höhe. Die nicht erhaltene Lohnerhöhung, die aus den u.g. Gründen ausblieb, wurde simuliert durch eine Schuldenaufnahme.
 - **Schritt 2:** „Cash-out Refinance“, d.h. die neue Hypothek ist größer als die alte (siehe Schaubild). In Kalifornien wurde dadurch das durchschnittliche (!) Haushaltseinkommen 2003 – 2006 um 10-15 Prozent p.a. „verlängert“, das Geld floss oft in ein neues Auto, oft ein neuer BMW – die deutsche Exportblase in die USA 2003-2007 war auch eine Schwester der amerikanischen Hausblase.

Der Urbestandteil des amerikanischen Traums, ein eigenes Haus zu besitzen, begünstigt durch Steuervergünstigen für Eigenheimerwerb, kommt der Mittelschicht nun teuer zu stehen: Erst jetzt wird in Washington diskutiert, ob der Steuerausfall durch die Hypothekenzinsabzugsfähigkeit von der Einkommenssteuer von fast 100 Mrd. Dollar p.a. bei gleichzeitigen Haushaltdefiziten von über einer Billion Dollar noch für die Zukunft hinnehmbar ist. Wenn diese Abzugsfähigkeit im Zuge der Haushaltskrise gestrichen wird, bekommt der Immobilienmarkt einen weiteren Dämpfer.

Dazu wird immer noch nicht ausreichend diskutiert, dass der Hauspreisverfall eine Katastrophe für die nicht-weiße Bevölkerung war: Ihre Hausbesitzerquote lag 2006 erstmalig bei über 50 Prozent, aber damit noch immer weit unter der Quote von Weißen. Aber heute, nach Preisverfallen von über 30

Prozent im nationalen Durchschnitt, liegen die durchschnittlichen Vermögenswerte eines schwarzen Amerikaners, der zur **Miete** wohnt, mit ca 20.000 Dollar über (!) dem Median des Vermögens eines schwarzen **Hausbesitzers**.

Sozialpolitik à la USA und das Verschwinden der Mittelschicht

Seit 1979 sind die Pro-Kopf-Einkommen nicht gestiegen, sondern bis 2011 um circa zehn Prozent real gesunken. Gesunken sind auch die Haushaltseinkommen. Die Schwächung der Gewerkschaften seit 1980, das Ausmaß illegaler Einwanderung, die Auswirkungen der Reformen der betrieblichen Pensionen bewirken, dass mehr Bewohner um Arbeit wetteifern, dass ihre Verhandlungsmacht schwindet und dass sie zu wenig für das Alter vorgesorgt haben – alte Arbeitnehmer verlassen den Arbeitsmarkt nicht, jüngeren fehlt der Rückhalt der Gewerkschaft, und die Schattenarbeiter ohne Aufenthaltsgenehmigung drücken die Löhne am unteren Ende mit Kaskadeneffekt nach oben.

Eine damit zusammenhängende reizvolle Frage wird in den USA noch immer nicht gestellt, außer bei einigen Linksliberalen: Ist dies politisch gewollt? Man kann den Kopf schütteln über den Niedergang des verarbeitenden Gewerbes seit 1979 bis 2011 (von fast 30 Prozent auf nunmehr 11 Prozent am BIP), den Niedergang der Gewerkschaften, den Niedergang der beruflichen Ausbildung außerhalb der Colleges, des immer ungehinderteren Zugangs zu Krediten für Privathaushalte – oder fragen: Ist dies Absicht? Ist der Niedergang der Mittelschicht und ihre Verschmelzung mit der Unterschicht politisch gewollt? Ist die so oft beschworene Mittelschicht und ihre Blütezeit (1950 bis 1979) nicht eher eine Anomalie in der amerikanischen Geschichte?

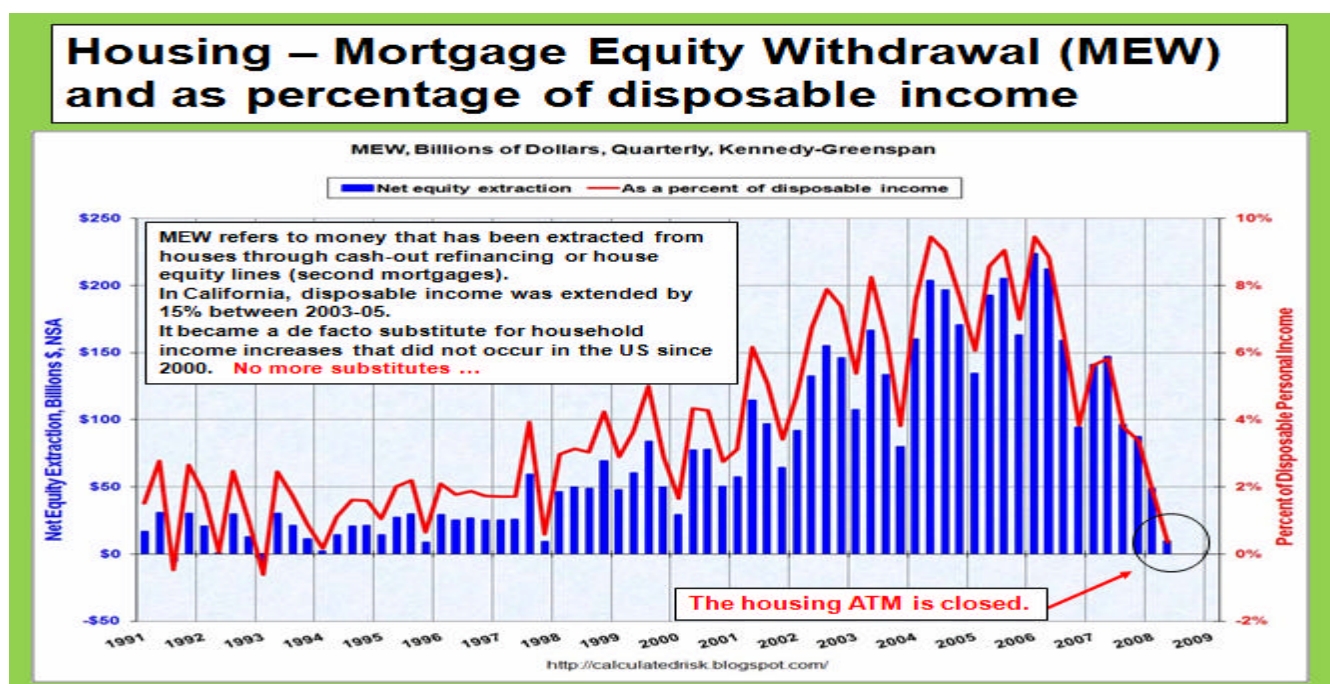
Amerika unter Präsident Obama hat auch im Jahr drei der Haus- und ihr folgenden Finanzkrise gänzlich unzureichend auf die strukturellen Verwerfungen reagiert. Dies hat Auswirkungen auf den gesamten Sozialverband der USA, und berührt alles, was mit dem "American dream" zusammenhängt:

- **Suburbia:** Dass die Hälfte der Amerikaner heute im Deutschland unbekanntem Habitat „Suburbia“ (ausgedehnte Siedlungen am Stadtrand, die nur durch PKW erschlossen werden) lebt, ist daher nicht nur am Rande erwähnt – diese „größte Fehlallokation von Ressourcen in der Geschichte der Menschheit“ (James Howard Kunstler) löst nicht nur jetzt schon Wohlstandseinbußen aus, sie wird bei weiter steigenden Benzinpreisen (im Mai 2011 sind es ca. vier Dollar/Gallone, womit der Benzinpreis in den letzten vier Monaten um 36 Prozent gestiegen ist – ein amerikanischer Haushalt gibt allein rund 3.500 Dollar/Jahr für Benzin aus) noch viel dramatischer die Aussichtslosigkeit eines Arrangements erahnen, dass die USA spektakulär anfällig für externe Schocks macht.

- **Energie:** Suburbia wird zugleich mit Erdgas beheizt; seit 2003 verfügen die USA nicht mehr über genug eigenes Erdgas, um damit gleichzeitig ihre Häuser zu heizen und genug Düngemittel für die Landwirtschaft herzustellen. Heute importieren die USA daher aus Erdgas gewonnenes Düngemittel aus Trinidad, aber auch aus Algerien und Qatar. Der Weizenexportboom ist ohne importierte Düngemittel aus arabischem Erdgas heute nicht mehr möglich.
- **Auto:** Die Abhängigkeit vom Auto in Suburbia dringt mittlerweile langsam ins Bewusstsein der Bewohner. Verlorene Zeit im Berufsverkehr und die scharf gestiegenen Benzinpreise führen ihren Bewohnern und Landsleuten vor Augen, welche Nachteile diese Lebensform hat. Die äußeren Ringe der Wohnsiedlungen sind daher am stärksten vom Preisverfall betroffen – in zwei typischen Suburb-Landkreisen im Grossraum Washington D.C. sind es über 50 Prozent!

Zwischenfazit:

Amerika hat sich selbst geschwächt. Sein prägender Einfluss auf die Welt in Zeiten geringer Kapitalbildung wird spürbar nachlassen. Daran ist aber nicht zuvorderst der Aufstieg Chinas und die damit einhergehende relative Schwächung der USA "schuld", sondern, wie die Eigentumpolitik, Zersiedelungspolitik und Eingriffe in der Sozialpolitik zeigen: Diese Krise ist zu großen Teilen hausgemacht.



Quelle : blog Calculated Risk: www.calculatedrisk.blogspot.com; Grafik: http://4.bp.blogspot.com/_pMscxxELHEg/SOorqFuvvg6I/AAAAAAADho/3m3HtcTpWP4/s1600-h/KennedyMEWQ22008.jpg
 Artikel: <http://www.calculatedriskblog.com/2008/10/q2-2008-mortgage-equity-withdrawal.html>
 Methode vorgestellt von Alan Greenspan und James Kennedy in: Federal Reserve Board FEDS Working Paper No. 2005-41 (2005); www.federalreserve.gov/pubs/feds/2005/200541/200541pap.pdf

ARBEITSLOSIGKEIT

Das Platzen der Blase am Immobilienmarkt und die Krise der Mittelschicht kommt zu einer Zeit, in der der Arbeitsmarkt alles andere als robust reagiert. Die jüngste Rezession hat schwere Verwüstungen auf dem Arbeitsmarkt angerichtet. Ein Vergleich mit anderen Rezessionen seit 1948 zeigt, dass die Erholungsphasen immer länger dauern, und anschließend nicht mehr der Beschäftigungsstand von den Jahren zuvor erreicht wird.

Dauerte es beispielsweise nach der Rezession 2001 rund 48 Monate, bis das Beschäftigungsniveau wieder ausgeglichen war (und das auch noch auf Pump finanziert), so rechnen Experten nun mit einer Schwäche, die signifikant länger anhalten wird.

Dass dies den Grundgedanken des Amerikanischen Traums infrage stellt, liegt auf der Hand. Die USA entwickeln sich weiter zu einem Land, wo die ohnehin eingeschränkten Arbeitnehmerrechte weiterhin verwässert werden. Der Lebensstandard wird auf breiter Front sinken, trotz Vitalität und Mobilitätsbereitschaft der Bevölkerung.

Im **Präsidentenwahlkampf 2012** wird das Thema "Jobs" eine sehr wichtige, wahrscheinlich sogar die zentrale Rolle spielen. Wenn es Obama bis dahin gelingt, gegen alle Anzeichen die Arbeitslosenrate deutlich zu senken, hat er hervorragende Aussichten, wiedergewählt zu werden. Wenn nicht, dürfte er sich schwertun, falls es den Republikanern gelingt, doch noch einen für breite Schichten wählbaren Kandidaten zu präsentieren.

Man kann nicht genug betonen, dass auch ohne die Rezession die USA in schwieriges Fahrwasser geraten werden. Die Volkswirtschaft befindet sich schon seit Jahrzehnten in einer **Schiefelage**. Viele Fehlentwicklungen sind durch **scheinbare Wohlstandsmehrung** (z.B. steigender Papierwert von Immobilien - siehe voriges Kapitel) nur überdeckt worden. Vorübergehende Arbeitslosigkeit, der die Amerikaner wieder durch Umzug oder Weiterbildung entfliehen konnten, ist in den USA nicht ungewöhnlich. Eine **strukturell verfestigte Arbeitslosigkeit** ist aber etwas ganz anderes, seit fast drei Generationen unbekannt. Sie dürfte auch in Zukunft vor allem junge Leute, Fabrikarbeiter und Minderheiten treffen. Dies wird das US-Gesellschaftsmodell insgesamt in Frage stellen. Drei Zahlen verdeutlichen dies:

- Ende 2009 war das erste Mal seit 1948 die Durchschnittsdauer der Arbeitslosigkeit höher als sechs Monate;
- Auf jeden offenen Arbeitsplatz kamen sechs Leute, die aktiv nach Arbeit suchten;

- Nimmt man alle diejenigen hinzu, die nur Teilzeitjobs finden oder gar nicht mehr aktiv suchen, dann sind wir bei Zahlen vergleichbar mit denen der 1930er Jahre.

Fehlende Exportmöglichkeiten

Die USA brauchen rund **10 Millionen Jobs**, um auf die Stellenzahlen von vor der Rezession zu kommen; tatsächlich sind es aber sogar mehr, da die Bevölkerung wächst und mehr Leute auf den Arbeitsmarkt drängen. Etwa **125.000 Jobs** müssten monatlich entstehen, um lediglich auf dem Ist-Zustand zu verharren. **Das bedeutet, dass selbst bei einem robusten Aufschwung die Arbeitslosigkeit auf höherem Niveau verharren wird als vor der Rezession.**

Die US-Wirtschaft ist **nicht exportorientiert** genug, um fehlende Binnennachfrage auszugleichen. Daran wird auch die „*National Export Initiative*“, mit der die Exporte innerhalb von fünf Jahren verdoppelt werden sollen, wenig ändern. Viele von denen, die (noch) Arbeit haben, fallen als „Konsumlokomotive“ aus, da sie unter hohen Privatschulden, nicht abgezahlten Hypotheken und Ausbildungskosten für ihre Kinder leiden.

Wo sollen die Jobs entstehen? Aus offensichtlichen Gründen jedenfalls nicht in der Auto-, Bau- und Finanzindustrie. Analysten erwarten **Jobzuwachs** bei Umwelttechnologien und im Gesundheitswesen (Pflegesektor). Wenn man die zugänglichen Zahlen vergleicht, geht es dabei aber keineswegs um die Millionen von Jobs, die benötigt werden. Das Innovationspotential der US-Volkswirtschaft ist begrenzt, und die Dynamik lässt schon seit Jahren zu wünschen übrig und war nur von der „housing bubble“ nach 2001 überdeckt.

Ob wir nun in Zukunft von sieben, acht oder neun Prozent Arbeitslosigkeit sprechen, ist unerheblich. Festzuhalten im Moment gilt, dass bei sinkenden Einkommen und prekären Arbeitsverhältnissen **weitere Probleme** in den Ballungszentren der USA hinzutreten, und in der Folge zu noch mehr Gewalt führen. Ein Ventil durch eine andere Sozialgesetzgebung (man denke an deutsche Hartz IV-Gesetzgebung oder Arbeitslosenversicherung) wird es aufgrund der Verfasstheit der amerikanischen Staatsidee („schwacher Staat“) nicht geben. Gleichzeitig sind Aufstockungen der Leistungen für Arbeitssuchende auch aufgrund der katastrophalen Haushaltslage der Kommunen, der Staaten und des Bundes in den USA weitgehend ausgeschlossen.

ENERGIE

Die Autoren des CDU-Freundeskreis greifen in diesem Papier einige Schwächen in der Eigentums-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik auf, um daraus abzuleiten, welche Herausforderungen die USA zu bewältigen haben. Ein weiteres wichtiges Politikfeld ist die Energiepolitik. China und Deutschland haben eine relativ klare Energiepolitik, die USA haben dies nicht zu bieten. Dabei ist der gesicherte Zugang zu Energie in ausreichender Menge eine der **wichtigsten strategischen Herausforderungen**. Aus der Krisenlage heraus könnte die USA zur treibenden Kraft bei der Einführung elektrischer Autos werden. Es gibt jedoch eine erhebliche Verzögerung bei der Umstellung auf regenerative Energien, mit möglichen Konsequenzen sowohl für die amerikanische Wirtschaft als auch für die internationale Klimapolitik. Dazu folgende Thesen:

1. Steigender Ölpreis könnte Erneuerung auf dem Transportsektor beschleunigen

- Weltweit steigender Bedarf bei gleichzeitig sinkender Förderfähigkeit wird mittelfristig zu einem dramatischen Anstieg der Rohölpreise führen. Die jetzigen Lebens- und Wohnverhältnisse der Amerikaner ließen sich dann nur unter schmerzlichem Wohlstands- oder Mobilitätsverlust aufrecht erhalten. Schon 2009 gab der durchschnittliche Haushalt **knapp \$200** pro Monat für Sprit aus – ein Wert, der inzwischen **über \$300** liegen dürfte. Rapide steigende Kosten für Nahrung, Altersvorsorge und Gesundheit lassen bei anhaltendem Einkommensschwund wenig Spielraum für Benzinpreise auf europäischem Niveau. Das gilt inzwischen auch für die mittleren Einkommensschichten.
- Die Gefahr für die schleppend in Gang kommende Realwirtschaft, die zu 70% vom Privatkonsum abhängt, ist offensichtlich. Ausgerechnet im **Bereich der automobilen Fortbewegung** könnte daher in den USA der Umschwung schneller vorangehen als momentan erwartet. Trotz der Größe des Landes finden über 98% aller Autofahrten innerhalb der Reichweite heutiger Elektrofahrzeuge statt. Schon heute läge in den USA der Kilometerpreis für ein E-Auto unter dem des Benzinfahrzeugs. Noch fehlt es an Batterielade- und Tauschinfrastruktur. Bei der langfristig zu erwartenden Nachfrage, und den erzielbaren Umsätzen, können Investitionen in diese Infrastruktur jedoch sehr schnell profitabel werden und so die rasche und weite Verbreitung elektrischer Fahrzeuge ermöglichen. Gleiches gilt für den dann notwendigen Ausbau des Stromnetzes, das bisher wegen stagnierenden Stromverbrauchs vernachlässigt wurde. Vor dem Szenario eines Verbrauchsanstiegs durch **E-Autos** würde das Stromnetz für private Investoren höchst attraktiv.

- Dem entgegen wirken (zumindest bis jetzt) die fest gemauerten Interessen der etablierten Erdöl- und Erdgas-Industrie, gegen deren Einfluss sich hierzulande (noch) kaum ein Politiker aufzulehnen wagt. Es wird sich jedoch bald herausstellen, dass die momentan propagierten Scheinalternativen wie Biosprit aus Maisöl oder gar Erdgas-getriebene Verbrennungsmotoren keine Zukunft haben.

2. Energiewende ist nötig

Woher kommt der elektrische Strom? Obama hat die Energiewende zum zentralen Ziel seiner Regierung erhoben. Trotz Sparzwangs im Haushaltsentwurf will er auch 2012 Kreditbürgschaften von bis zu \$5 Mrd. für den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien bereitstellen. In vielen Bundesstaaten existieren erneuerbare Portfoliostandards zur Stromerzeugung, etwa 25% bis 2025 in Illinois oder 33% bis 2020 in Kalifornien. Oft jedoch liegen diese Standards niedriger, z.B. 12.5% bis 2021 (North Carolina) oder gar bis 2025 (Ohio). In der Summe läuft Amerika Deutschland (35 Prozent bis 2020) viele Jahre hinterher. Dies ist für Amerika tragbar dank großer Vorkommen an heimischer Kohle, die zur Grundlast-Stromproduktion in relativ alten Kraftwerken verbrannt wird. Dieser Rohstoff reicht theoretisch noch für mehrere Jahrhunderte. Da die Erzeugerkosten bei diesem Energieträger zwischen 1.5 und 4.5 US-Cent/kWh liegen, spricht man oft vom „Fluch der billigen Kohle“. Im Vergleich liegen die Kosten für Strom aus Windanlagen nach Subventionen bei derzeit 6.0 bis 6.5 c/kWh (jedoch mit stetig sinkender Tendenz). Aus wirtschaftlichem Druck alleine wird es daher in absehbarer Zeit keine zwingende Umstrukturierung der amerikanischen Stromwirtschaft geben.

3. Erneuerbare Energien - Der Wind steht (vorerst) still

In der Tat ist der **Ausbau der Windkraft** in den USA ins Stocken geraten. Nach jährlichen Wachstumsraten von durchschnittlich 39 Prozent in den 5 Jahren bis 2009 wurden seitdem zahlreiche Neubauprojekte verschoben oder abgebrochen, weil sowohl die Kapitalmärkte als auch die wichtigsten Steuersubventionsmodelle in Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise versagen. Zudem ist Windkraft bei den derzeit relativ niedrigen Strompreisen nicht ausreichend profitabel, und der Druck der gesetzlichen Portfoliostandards zeigt bislang nur geringe Wirkung. Millioneninvestitionen – unter anderem deutscher Hersteller – in amerikanische Produktionsanlagen sehen einer Zukunft entgegen, die weit weniger rosig aussieht als zu den Zeiten, als jene Investitionen bewilligt wurden.

4. Ausblick

Kurz- und mittelfristig bleibt das Land weiterhin abhängig von Öl und Gas, wovon schon heute 71 Prozent importiert werden, davon rund 60 Prozent aus politisch instabilen oder undemokratisch geführten Ländern. Jeder Ölpreisanstieg wird zum Risikofaktor für die ohnehin schleppend in Fahrt kommende US-Realwirtschaft. Als „zwingendes Ereignis“ könnte ein massiver Preisanstieg, etwa als Konsequenz zu erwartender Förderengpässe, eine Trendwende auf dem Mobilitätssektor hin zu Batteriefahrzeugen hervorrufen.

Bei der Stromproduktion ist damit zu rechnen, dass die USA noch lange von billiger Kohle profitieren werden, trotz des damit verbundenen **CO₂-Ausstoßes**. Signale des Klimawandels, die mit steigender Häufigkeit auch in den USA auftreten (z.B. Niederschlags- und Trockenheitsextreme), werden im öffentlichen und politischen Bewusstsein noch nicht auf CO₂-bedingte Veränderungen zurückgeführt. Das zwingende Ereignis zur Umkehr in der globalen Klimapolitik muss vermutlich ein katastrophales sein. Vorher ist mit wirklicher Verhandlungsbereitschaft der USA auf internationalen Klimakonferenzen nicht zu rechnen.

Ebenso wie eine konsistente Energiepolitik sind Anstrengungen bei Forschung und Innovation für den Wohlstand in den USA nötig.

INNOVATION

Die Vereinigten Staaten stützen sich derzeit auf ausländische Unternehmen in der Herstellung der Mehrheit ihrer Windenergieanlagen, sie produzieren weniger als 10 Prozent der weltweiten Solarzellen, und sie verlieren an Boden im Hinblick auf Hybrid- und Elektrofahrzeug-Technologie und -fertigung. Zumindest in der nahen Zukunft werden die USA der weltweite Innovationsführer bleiben, allerdings droht in vielen spezifischen Feldern die Erosion. Die Beschwörung des "Sputnik-Moments" von Präsident Obama in seiner Rede zur Lage der Nation von Januar 2011 bestätigt, dass die Regierung das Potenzial von Wachstumsbranchen wie saubere Energietechnologie für ihre Wettbewerbsfähigkeit und als Jobmotor entdeckt hat. Die vorherrschenden negativen Trends im Bereich Innovation geben **Anlass zur Sorge**, dass die USA ihre Vormachtstellung verlieren werden, mit weitreichenden Folgen für die Gesamtwirtschaft:

- **US-Investitionen in Forschung und Entwicklung (F & E)** sind im Verhältnis zum BIP insgesamt relativ konstant geblieben seit Mitte der 1980er Jahre. Seitdem sind sie aber rückläufig im öffentlichen Sektor. Im Gegensatz dazu haben asiatische Länder rasch ihre F & E im Verhältnis zum BIP ausgeweitet, auch reife Industrienationen. Trotz der jüngsten Bemühungen der Regierung Obama hat Energie weiterhin geringe F & E-Priorität für die US-Bundesregierung im Vergleich zu anderen Bereichen wie Gesundheit, Raumfahrt und Verteidigung. Zwar hat das Stimulus Programm von 2008/2009 F&E für saubere Energie gestärkt, aber die Finanzierung soll nach 2010 auslaufen – der Trend geht also genau in die entgegengesetzte Richtung, was erforderlich ist.
- **Wagniskapital als Innovationsvehikel wandert ab.** Früher haben die USA traditionell den Großteil des privaten Wagniskapitals angezogen, welches dann eine bedeutende Rolle bei der Finanzierung etwa von start-ups spielte. Nun sind diese Kapitalströme auf dem Weg nach Asien, da die großen öffentliche Investitionen in Asien dem Privatkapital mehr Vertrauen bietet. Eine Studie der Deutschen Bank kommt zu dem Schluss, dass "großzügige und gezielte [saubere Energie] Anreize in China und Japan schaffen ein risikoarmes Umfeld für Investoren und fördern ein hohes Maß an privaten Investitionen in saubere Energie." Diese Nationen verlassen sich auf einen umfassenden und integrierten, durch starke Anreize unterstützten Plan der Regierung. Die Wagniskapital-Finanzierung in den USA ist dagegen bereits rückläufig. Der nordamerikanische Anteil von **Wagniskapital-Finanzierung** fiel von 72 Prozent im Jahr 2008 auf 62 Prozent 2009, ein Vier-Jahres-Tief für die Region. Es waren chinesische Firmen, die die Börsengänge in saubere Technologie-Branchen dominierten - mit 17 chinesischen Unternehmen, die 3,4

Milliarden Dollar oder 72 Prozent der globalen Erlöse beim Gang an die Börse im Jahr 2009 beisteuerten.

- **Wettbewerbsfähigkeit:** Ein kürzlich veröffentlichter Bericht der Informationstechnologie und Innovation Foundation (ITIF) führt die Vereinigten Staaten als **Letzte in der Kategorie der Verbesserung der nationalen Wettbewerbsfähigkeit** und der Innovation der letzten zehn Jahre. Amerikas wirtschaftliche Konkurrenten preschen davon. Die Sorge wächst, dass Asien die USA ausmanövriert in dem wachsenden globalen **Clean-Tech-Sektor**. Als Beispiel: die chinesische Regierung investierte 34,6 Milliarden Dollar im vergangenen Jahr in saubere Energien. Das ist mehr als jede andere Nation, und doppelt so viel wie die USA.
- **Weniger Humankapital:** Zwar sind die USA immer noch führend, was die wichtigsten Indikatoren wie Forscheranzahl oder Ausbildung von Ingenieuren angeht, aber in allen diesen Bereichen schwindet die Anzahl der Ausgebildete. Andere Länder wie China holen auf: Die USA haben rund 1,4 Millionen Forscher, die Chinesen haben aber bereits gleiche Wettbewerbsbedingungen in Gesamtzahlen (allerdings gibt es wohl berechtigte Zweifel an der Qualität der chinesischen Forscher).
- **Hochschulen:** Das US-Hochschulsystem bildet weiterhin hervorragende Naturwissenschaftler und Ingenieure aus, aber es bildet weniger **Naturwissenschaftler und Ingenieure (N und I)** aus als zuvor. Waren sie ehemals die klare Nummer eins, finden sie sich nun in der unteren Kategorie der OECD und Schwellenländer wieder. Nur etwa ein Drittel der Bachelor-Absolventen haben einen N und I Abschluss, verglichen mit 63 Prozent in Japan, 53 Prozent in China, oder 51 Prozent in Singapur (Deutschland: 40 Prozent). Nur etwa jeder 20. schließt seinen Bachelor im technischen Bereich ab (Vergleich: Asien 20 Prozent). Darüber hinaus wird ein großer Teil dieser Abschlüsse in den Vereinigten Staaten an ausländische Studierende vergeben, mit steigender Tendenz.
- **Handwerk:** Zahl und Anteil von qualifizierten Beschäftigten in handwerklichen Berufen, etwa Mechaniker die für Wartung und Betrieb von Maschinen, sind seit vielen Jahren rückläufig. Ein professionelles, standardisiertes Ausbildungssystem wie die duale Berufsausbildung in Deutschland gibt es nicht. Eine wachsende Anzahl privater „Vocational Universities“ bietet fachliche, einschließlich handwerklicher Abschlüsse („Degrees“) an - meist aber nur gegen exorbitant hohe Gebühren, die insbesondere im krassen Missverhältnis zu den finanziellen Ressourcen und dem späterem Einkommenspotential der „Studenten“ stehen. Gerade in den vergangenen 12 Monaten hat dieser Teil der amerikanischen Titelindustrie mehr Schlagzeilen mit seinen Geschäftspraktiken als seinem Beitrag zur Ausbildung von Facharbeitern gemacht. Es

bleibt der Befund, dass es etliche Jahre dauern wird, bis Amerika seinen Bedarf an qualifizierten Industriearbeitern, Bauarbeitern, Mechanikern u.a. decken kann.

Die Maßnahmen der Politik, diese Trends umzukehren, sind **insgesamt unzureichend**. Im Gegensatz zu den asiatischen Tigerstaaten oder europäischen Ländern wie Deutschland setzt die aktuelle US-Politik auf unzureichende Marktanreize, welche vom Privatsektor als riskant, indirekt, nicht proaktiv und nicht hilfreich bei der Überwindung von Hindernissen im Hinblick auf Wachstumsbranchen angesehen werden. Wenn es irgendeine Hoffnung für die USA gibt zu konkurrieren, müssen sie die Lücke schließen und robustere Unterstützung für US-Clean Tech Forschung und Innovation, Produktion und Binnennachfrage leisten. Kleine, indirekte und unkoordinierte Anreize werden nicht ausreichen, um im Wettbewerb mit Deutschland, China, Japan und Südkorea zu bestehen.

Weiterlesen?

Der CDU-Freundeskreis schlägt vor:

International Monetary Fund (2009): Initial Lessons of the Crisis. February 6, 2009.
Imf.org/external/np/pp/eng/2009/020609.pdf.

Kunstler, James Howard (1994), *The Geography of Nowhere. Diese Monographie beschreibt kritisch den amerikanischen Sonderweg zur Suburb und den resultierenden hohen Preis für die USA.*

Empfohlene US-Blogs mit aktuellen Analysen:

Calculated Risk – Finance and Economics. www.calculatedriskblog.com.

Crisis Talk – Emerging Markets and the Financial Crisis. Crisistalk.worldbank.org.

Lawrence Roberts (“IrvineRenter”). www.irvinehousingblog.com/analysis.

Nouriel Roubini - Nouriel Roubini's Global EconoMonitor. www.rgemonitor.com.

Patrick Net - Housing Crash News from Patrick.net. www.patrick.net/housing/crash.html.

Paul Krugman. www.krugman.blogs.nytimes.com.

FAZ Mai 2011: Zahlen und Fakten zur Krise in den USA:

<http://www.faz.net/s/RubFED172A9E10F46B3A5F01B02098C0C8D/Doc~E95F356C734914302B0FC0EB2B6D1E337~ATpl~Ecommon~SMed.html#DD846A215B114A8593D9C0C62ED310D6>

Die dort aufgelisteten Daten decken sich weitgehend mit unseren Erkenntnissen.